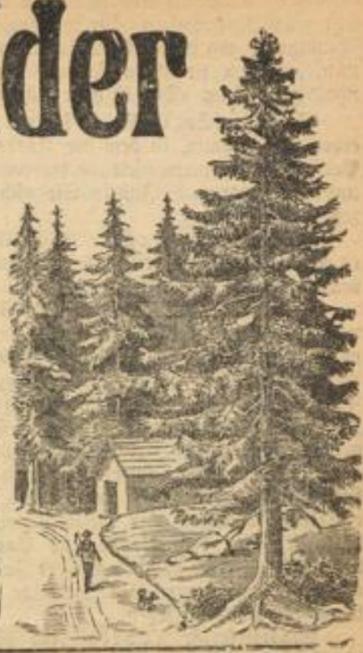


Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
 Abonnement in der Stadt wöchentlich M. 1,35 monatlich 45 Pf.
 Bei allen württ. Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr wöchentlich M. 1,35, ausserhalb desselben M. 1,35, hierzu Bestellgeld 30 Pf.
 Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
 Auswärtige 10 Pfg., die Klein-spaltige Garmondzelle.
 Reklamen 15 Pfg. die Peitzelle.
 Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
 Abonnements nach Vereinbarung.
 Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 75.

Freitag, den 29. März 1912

29. Jahrg.

Zum Tode Albert Trägers.

Berlin, 27. März. Die Beerdigung von Albert Träger wird am Freitag Nachmittag 3 Uhr auf dem Dreifaltigkeitsfriedhof erfolgen. Im Laufe des gestrigen Tages sind zahlreiche Beileidskundgebungen bei den Hinterbliebenen des Verstorbenen eingetroffen. Im Namen des Preussischen Abgeordnetenhauses hat der Präsident Frhr. v. Erffa telegraphiert: „Aufrichtiges Beileid zum Heimgang Ihres verehrten Schwiegervaters, Geheimrat Träger, des verdienten parlamentarischen Veteranen.“ Die badische Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat folgendes Telegramm geschickt: „Wir erfahren soeben schmerzlich betroffen die traurige Nachricht von dem Hinscheiden unseres alten Volkshelden Albert Träger und drücken den Hinterbliebenen unsere herzlichsten Anteilnahme aus.“ Namens der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses hat deren Vorsitzender Dr. Porck den Hinterbliebenen das Beileid ausgesprochen. Zahlreiche Abgeordnete und Organisationen in der Fortschrittlichen Volkspartei haben Beileidstelegramme geschickt. Auch die städtischen Körperschaften von Nordhausen haben ihr Beileid ausgesprochen. In dem Telegramm heisst es: „Diesbewegt hat die Bürgerschaft Nordhausens die Trauerkunde von dem Hinscheiden Ihres hochverehrten Herrn Vaters vernommen. Mit Stolz haben wir ihn lange Jahre den Unrigen genannt. Sein selbstloses Wirken im Ehrendienste unseres Gemeinwesens wird in der Geschichte unserer Stadt unauslöschlich verzeichnet bleiben. Mit inniger Teilnahme“ u. s. w. Auch der Reichstagsler sandte ein Telegramm.

Durch den Tod Albert Trägers werden zwei Ersatzwahlen notwendig. Im Reichstag vertrat er seit 25 Jahren den Wahlkreis Oldenburg 2 (Barel-Jeber), wo er bei der Reichstagswahl dieses Jahres in der Hauptwahl 12204 Stimmen erhielt. Auf den Sozialdemokraten Hug entfielen 13014, auf den rechtsnational-liberalen Kandidaten Strube 4335 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Träger mit 15629 Stimmen über den Sozialdemokraten. Der 13925 Stimmen erhielt. Der Wahlkreis ist seit 1881 freisinniger Besitz. Vorher war er durch einen Nationalliberalen vertreten. In der Landtag wurde Träger von Berlin I entsandt; er erhielt im Jahre 1908 von den abgegebenen 445 Stimmen 343. Der Wahlkreis ist sicherer Besitz der Fortschrittlichen Volkspartei.

Presstimmen.

Dem heimgegangenen Albert Träger, der noch vor wenigen Wochen mit seinem sicheren Takt und glücklichen Humor als Alterspräsident des Reichstags den schwierigen Wahlakt geleitet hatte, werden von der Presse sämtlicher Parteien, auch von den konservativen Blättern, ehrenvolle und sympathische Nachrufe gewidmet.

Von den fortschrittlichen Blättern schreibt als das offizielle Parteiorgan die „Freisinnige Zeitung“: „Die Partei erleidet mit dem Tod des alten Kämpfers und hervorragenden Redners einen sehr schweren Verlust. Sein Name wird dauernd nicht nur in Ehren gehalten werden, sondern auch wie eine große Kampfen voraussetzende Fahnstange auf unseren Nachwuchs wirken.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a.: „Ein treuer Soldat der Freiheit wollte er sein. Aber war er in seinen letzten Jahren wenigstens nicht mehr als das? Er hatte das heilige Feuer der Jugendkämpfe bewahrt und trug es über Gräber und verscharrte Hoffnungen hinweg neuen Geschlechtern zu. Seine Vergangenheit, sein Talent und die Unantastbarkeit seines Charakters gaben ihm eine besondere Stellung in der Partei und man weiß, wie er in kritischen Augenblicken seine Stimme erhob in einer Zeit, wo das Strebertum die Hände nach oben streckte, gab er das Beispiel unswandelbarer Unabhängigkeit.“

Die „Vossische Ztg.“, die gestern Abend einen Lebensabriß aus Trägers eigener Hand veröffentlicht hatte, faßt ihre Eindrücke heute kurz zusammen: „Der deutsche Liberalismus hat einen seiner tüchtigsten und treuesten Freunde verloren. Das gesamte Parlament, das ganze Volk, dem der Tod einen echten Ganzen, in Jahren und Werten erprobten Mann entriß hat, nimmt teil an der Trauer.“

Der „Vorwärts“ endlich versichert: „Der sympathische Mensch und achtungswürdige Politiker darf auch bei der Sozialdemokratie des freundlichsten Andenkens versichert sein.“

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.

w. Berlin, 27. März.

Am Bundesrätisch Staatssekretär Kräfte, Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Handels- und Schiff-

fahrtsvertrag mit Bulgarien. Der Vertrag wird in erster und sogleich in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Notetats. Abg. Erzberger (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Vorlage wird ohne Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

Alsdann setzt das Haus die Beratung des Postetats fort.

Werner (B. Bgg.): Verschiedene Maßnahmen der Postverwaltung sind freudig zu begrüßen, so die Ausdehnung des Telephon- und Telegraphenwesens sowie des Postschiedverkehrs u. a. Die Krankenversicherungspflicht für die Postbediensteten und Beamten muß ausgedehnt werden. Der Ausfall der Ostmarkenzulage würde die Reichsbeamten gegenüber den preussischen Beamten schwer schädigen. Den gehobenen Beamten muß angelehnt werden von ihnen abgelegten Examen eine angemessene Bewertung ihrer Dienstleistungen zuteil werden. Den berechtigten Wünschen der Beamenschaft muß entsprochen werden. Denn ein zufriedener Beamtenstand ist im Interesse der öffentlichen Ruhe nötig.

Will (Gfässer): Den Arbeitern und Handwerkern, die in ein Beamtenverhältnis aufrücken, muß ihre frühere Beschäftigungsdauer auf die Dienstzeit angerechnet werden. Wenn wir den Postbeamten entgegenkommen, so müssen sie auch bei den Wahlen ihre nationale Pflicht tun.

Bruhn (B. B.): Gegenüber der Drohung der Polen, die Ostmarkenzulage zu Fall zu bringen, sollte das Zentrum sich mindestens der Stimme enthalten.

Wendel (Soz.): Wir haben seit 40 Jahren zwar ein einiges Reich auf wirtschaftlichem Gebiet, auf postalischem Gebiet aber nicht. Dadurch entstehen erhebliche Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten. Wie in England sollte die Telephonnummer bei uns als Telegramm-adresse gelten. Wenn der Staatssekretär alle sozialdemokratischen Wähler aus seinem Resort ausmerzen wollte, so dürfte recht erhebliche Verteilungsstörungen eintreten. (Geisterlichkeit.) Die Ostmarkenzulage lehnen wir wegen ihres politischen Charakters ab. Dagegen sind wir bereit, der Beamenschaft eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren.

Staatssekretär Kräfte: Auch heute noch dulde ich keinen Sozialdemokraten in der Post- und Telegraphenverwaltung. Die Sozialdemokraten wollen die Beamten nur verheizen. Dies wird ihnen aber nichts nützen. Sie beleidigen die Beamten, wenn sie ihnen zumuten, den Eid zu brechen. In der sozialdemokratischen Presse sind kürzlich die Postbeamten beschuldigt worden, sie hätten die

Wohl blühet jedem Jahre
 Sein Frühling mild und licht;
 Auch jener große, klare,
 Getrock' er fehlt dir nicht.

Ludwig Uhland.

Die Tochter.

Roman von Adolf Willbrand.

(Fortsetzung.)

Hast du ihm nicht selbst gesagt: so bleibt im Rest und ich fliege allein? Hat er nicht gesagt, und mir mit der Hand verboten, ihm zu widersprechen: ich will! es ist abgemacht? Wenn er nicht der Alfred war, nicht so stolz und so starr, hätte er dann so unwillkürlich darauf bestanden: ich will! Und wenn ich nicht die Ina war, die so an ihn glaubte, ihm so gern seinen Willen ließ, hätte ich, dann zu seiner wilden Unvernunft gleich so stillgeschwiegen? — Wir waren drei und alle drei haben schuld; oder keiner hat sie. Unser Schicksal hat sie: daß wir so sind, wie wir sind. Ich bitte dich, mein Lieber, mein geliebter Vater, verlag dich nicht mehr; zeig mir wieder dein Gesicht; schau mich wieder an. Ob das eine unglückliche Tochter ist, die so aussieht, Vater. Wir, deine Kinder, wir sind nun so, wir haben unser eigenes Glück: — wer hat mehr als wir?“

Weißdorn richtete sich auf und tat, was sie wollte: er zeigte ihr sein Gesicht, schaute sie wieder an. Nun sah sie, daß seine Augen sich gefeuchtet hatten. „Ach“, seufzte er, „was seid ihr Frauen für Wesen. Vom Himmel. — Wenn ihr so wie Ina seid!“

Er weinte, ihre Hände küßend.

Das Werk war vollendet. Alfred zog den letzten Strich. Er tat einen tiefen Atemzug, dann lächelte er auf das Blatt hinunter; das ganze phantastische Wunder dieser Welt fand ihm drauf geschrieben. All ihre Grauen, ihr Schauerliches, ihr Erbarmungsloses; all ihr Mächtigstes an Kraft, Sinn und Lust. Nichts kann der Mensch! Das Schicksal hat ihn. Alles kann der Mensch! Er hat seinen Willen. Er kann Feuer aus dem Stein

schlagen, aus dem Stein Blut. Er kann das Gesicht der Berggipfel küssen, bis es das Anlitz der Erlösung ist. Er kann, wenn ein Gott ihm hilft — — nein, wenn ein liebendes Weib ihm hilft — —

Ina sah ihm gegenüber; er blickte auf die holde, unbegreiflich liebe Gestalt. Was war ihm in ihr geworden! Was aus ihm geworden! Wie ein schiefender Stern zog's an ihm vorüber: sein Lieben, das weiße Haus, die Ina-Hütte, die Verliebtheit, die Liebe — und dann all die Fülle des Glücks. Die von Gott gesegneten Kinder — sein Schaffen — mit ihr — sein Werk.

Jetzt sah er, wie seine und ihre Augen ineinander ruhten. Es war etwas anderes über sie gekommen; etwas Banges — Dunkles. Sie schienen zu fragen, hinüber und herüber. Sie schauten beide einen Augenblick, wie nach Verabredung, auf das letzte Blatt. Dann sahen sie sich wieder an. Keines sprach ein Wort.

Ich weiß, was du nun denkst, dachten beide: „Was nun?“

Ein frantes, wehes Gefühl ging durch Alfreds Brust; diesen Morgen, so lange sie arbeiteten, hatte er nichts gefühlt. Auf einmal war er wieder in der letzten Nacht; er hatte sie vergessen. Die schlaflosen machenden, hässlichen, widrigen Gefühle; nicht viel Schmerz, das nicht; aber greulich, schrecklich. Wenn man sich selber zum Abscheu wird. Das hatte nun begonnen. Wohl mir, dachte er, daß ich es über diesem feierlichen, diesem Arbeitschluß so vergessen konnte. Weh mir, daß ich es nun nicht mehr kann!

Er wußte wieder, was er sich in dieser Nacht gelobt, sich in seiner kämpfenden Brust durchgerungen hatte. Noch Held sein, hatte er sich gelobt, so lange der Feind mir Kraft löst! Nicht zu lange warten!

Mit einem raschen, siegreichen Entschluß legte er sich ein Büchlein um die schmalen Lippen, Inas ernstes Gesicht damit grüßend, und schob ein leeres Blatt über den Tisch zu ihr hin.

„Was bedeutet das?“ fragte sie, mit einem langen Gefühl.

„Daß ich ja doch noch etwas zu schreiben hab': ein Nachwort; als Vorwort. Das meinte ich mit dem leeren

Blatt. Falls ich das selber nicht mehr zustande brächte —“

„Alfred!“

„Dann mußt du es schreiben. Du kannst es wie ich!“

„Warum nicht zustande bringen —?“

„Meine Herzensina. Es ist schwer zu sagen. Man bildet sich ein: diesem einen, einzigen Menschen kannst du alles sagen — und dann steht einem doch das Wort auf der Lippe still! — Meine große Bitte damals — wie hast du die erfüllt. Nun hab' ich eine, die ist noch größer —“

„Gott! Gott! Noch größer!“ Sie fuhr empor.

„Nein, nein, nein, doch nicht so groß. Es handelt sich nur noch um eine kurze Spanne Zeit — sozusagen um den Gnadenstoß — den du mir wohl gönnst!“

— Er ging um den Tisch zu ihr, legte ihr einen Arm um die rechte Schulter und drückte sie leise, schonend, zart an sich heran. „Glaub mir, ich fürchte das Sterben nicht! Mir graut nur vor dem Greulichen; vor dem, was kommen kann, wenn's dem Ende zugeht — und was nun bei mir beginnt. Es hat schon begonnen. Dies Zerfallen, dies — — Ich will ja nicht, in Schönheit sterben“, wie's die hysterische Hedda Gabler verlangt; ich will nur nicht empörend sterben, nicht dem geliebtesten Menschen zur Pein, zur Vergiftung der Erinnerung. Und mir selbst zur — — Ina! Diese Nacht, ich hab' angefangen, mir zum Brauen zu werden. Sieh mir ins Auge, sag' mir's ehrlich. Die auch?“

„Nein, nein!“ rief sie. „Alfred! Mir nicht!“

„Dann wird's kommen! — Das will ich nicht. Ich hab' mich tapfer zu Ende gelebt, ich hab' nun ein Recht, nach meinem Sinn zu sterben. Ina, du mein Alles, zeig mir noch einmal deine ganze Liebe; gib mir die Freiheit, zu gehn, wann ich will! — Ach, wie sie nun lebt. Ich will ja nur gehn, wenn ich muß; werde doch mein Liebste nicht vor der Zeit verlassen. Aber wenn das Grauen, das unheimlich Häßliche wächst — mein Innerstes empört — dann den Tod als eine dah'reitende Walfäre rufen; oder wie Kornageß. Ich hab' mir's verdient!“

„Nein, nein!“ rief sie. „Alfred! Mir nicht!“

„Dann wird's kommen! — Das will ich nicht. Ich hab' mich tapfer zu Ende gelebt, ich hab' nun ein Recht, nach meinem Sinn zu sterben. Ina, du mein Alles, zeig mir noch einmal deine ganze Liebe; gib mir die Freiheit, zu gehn, wann ich will! — Ach, wie sie nun lebt. Ich will ja nur gehn, wenn ich muß; werde doch mein Liebste nicht vor der Zeit verlassen. Aber wenn das Grauen, das unheimlich Häßliche wächst — mein Innerstes empört — dann den Tod als eine dah'reitende Walfäre rufen; oder wie Kornageß. Ich hab' mir's verdient!“

Fortsetzung folgt.

Abonnenten des Organs des Steigerverbandes den Zehndirektoren mitgeteilt und so ihre Pflicht als Beamte verlegt. Die Untersuchung hat die Grundlosigkeit dieser Anschuldigung ergeben. Die Sozialdemokraten hätten sich nun, nachdem sie ihren Irrtum eingesehen haben, entschuldigen sollen. Das ist aber nicht geschehen.

Sache (Soz.): Meine frühere Angabe beruhte auf einem Telegramm, in dem der Ausdruck Postbeamter mit Polizeibeamter verwechselt worden war. (Hört, hört rechts und im Zentrum.) Zuheln Sie nicht zu früh, der Prozess geht weiter.

Staatssekretär Kräfte: Das Urteil ist gefällt, und es steht ausdrücklich fest, daß eine Indiskretion der Postbeamten nicht vorliegt.

Dertel (Konf.): Wenn der Staatssekretär in seinem Betriebe keinen Sozialdemokraten duldet, so handelt er nur pflichtgemäß. Er wird dabei die Zustimmung meiner politischen Freunde und der großen Mehrheit dieses Hauses finden. Die Beamten sind von Treue viel zu sehr durchdrungen, als daß sie Sozialdemokraten in großer Zahl wählten. In dem Kampfe gegen die pornographische Literatur, soweit sie durch Postsendungen verbreitet wird, mußte das ganze Haus einmütig sein. Im einzelnen wünschen wir Verbesserungen in den Bestellverhältnissen auf dem Lande und Postfreiheit für Soldatenpakete. Wie steht es mit der Fernsprechgebührenordnung? Den Herrn Staatssekretär wünschen wir noch lange im Amte zu sehen.

Staatssekretär Kräfte: Für die Landbestellung ist die Bedürfnisfrage ausschlaggebend. Die Fernsprechgebührenordnung kann ich nicht in Aussicht stellen. Mit Soldatenbefragungen wurde viel Anflug getrieben. Die jetzigen Posttarife sind sehr niedrig. Inländische Prestelegramme zu verbilligen, geht nicht an. Die Presse verbilligt durch den Telephondienst ihre Unkosten.

Uffing (Nat.): Einzelnen Beamtentypen muß aufgebessert werden. Unsere Resolution auf Einrechnung der Dienstzeit der Arbeiter und Handwerker bei späterer Beamtentätigkeit sowie die Resolution auf Erweiterung des Erholungsurlaubs für Post- und Telegraphenbeamte bitten wir anzunehmen. Im Verkehr mit den Nachbarländern sollten wenigstens Postverordnungen eintreten.

Staatssekretär Kräfte: Dem letzteren Wunsche wollten auch wir Rechnung tragen, es zeigten sich aber große Schwierigkeiten wegen der Konsequenzen im Verkehr mit den übrigen Ländern. Bezüglich des Erholungsurlaubs ist mir nicht bekannt, daß die Postbeamten schlechter gestellt wären als die Beamten einer anderen Verwaltung.

Dubrich (F. Sp.): Die Sparbarkeit unserer Postverwaltung darf nicht übertrieben oder an der verkehrten Stelle ausgedrückt werden. Durch Annahme der Resolution der Budgetkommission sollte man den Wünschen der Oberpostassistenten Rechnung tragen. Die Beamtenwünsche lassen sich sehr wohl ohne neue Steuern erfüllen. Eine grundlegende Personalreform ist so dringend notwendig wie eine bessere Besoldungsordnung.

Czarlinski (Pole): Wir müssen unseren Antrag auf Streichung der Ostmarkenzulage aufrecht erhalten. Sie fördert Charakterlosigkeit und sieht aus nach Denunziantentum. Präsident Kämpf ruft den Redner wegen letzterer Neuerung zur Ordnung. Daraus wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und der Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus auf morgen vormittag zehn Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung, außerdem dritte Lesung des Handelsvertrages mit Bulgarien, und dritte Lesung des Rotetats. Ein Antrag des Abg. von Camp, den Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Frage der Anerkennung der Reichspartei als Fraktion ebenfalls morgen auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Schluß 7¼ Uhr.

Die Krise in der nationalliberalen Partei.

Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der nationalliberalen Partei wird dem Hirsch'schen Telegraphenbureau von informierter Seite folgende Darstellung mitgeteilt:

Bei der Beratung des Zentralausschusses am Sonntag ging der rechte Flügel der Partei unter Führung von Schifferer und Fuhrmann nach einem wohl durchdachten Plane vor, während die überwiegende Mehrheit der Reichstagsfraktion sich sofort um Bassermann und die Führer der Jungliberalen scharten. Beide Gruppen präsentierten Listen von Kandidaten für den Zentralvorstand, nachdem die Wahl der drei Vorsitzenden Bassermann, Friedberg und Vogel vollzogen war.

Die Liste des rechten Flügels enthielt unter anderen die Namen der bekannten hessischen Nationalliberalen, deren Wahl Bassermann als Veräusserung betrachtete und als solche lebhaft bekämpfte.

Auf Seiten derer um Schifferer standen hauptsächlich die Norddeutschen mit Ausnahme von Pommeren sowie die Hessen, während um Bassermann sich die Rheinländer und Süddeutschen scharten sowie die Sachsen mit Ausnahme von Dr. Heinze, der Bassermann ganz besonders heftig angriff.

Die Abstimmung ergab, daß die Kandidaten des rechten Flügels durchschnittlich 60, die des linken ungefähr 40 Stimmen erhielten. Mit Stresemann fiel auch Dr. Jund-Weipzig, während merkwürdigerweise Dr. Weber-Obau, der auch zum linken Flügel gehört, in den Zentralvorstand gewählt wurde.

Der in Aussicht genommene Delegiertentag wird, wenn nicht inzwischen unerwartete Ereignisse eintreten, wahrscheinlich mit einer Spaltung der Partei enden, da Bassermann erklärt, daß er unter diesen Verhältnissen die Führung nicht beibehalten könne. Es wird ein Antrag eingebracht werden, nach dem die Reichstagsfraktion eine angemessene Vertretung im Zentralvorstand erhält, so daß sie nicht von der Parteileitung in wichtigen Fragen desavouiert werden kann.

Sollte dieser Antrag nicht mit einer ganz überwiegenden Mehrheit als ausgesprochenes Vertrauensvotum für Bassermann durchgehen, so legt dieser den Vorsitz der Partei nieder. Wenn es zur Spaltung

kommt, wird der rechte Flügel sich wahrscheinlich mit der Fortschrittspartei zu einer liberalen Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen.

Wie wir erfahren, gedenken Herr Bassermann und der linke Flügel der Nationalliberalen sich bei den am Sonntag gefassten Beschlüssen des Zentralvorstandes nicht zu beruhigen, sondern die Entscheidung eines Vertretertages, der Nationalliberalen Partei anzurufen. Dieser Vertretertag, gegen dessen Einberufung zuerst von dem rechten Flügel am Sonntag Widerspruch erhoben wurde, wird in sechs Wochen stattfinden. Als Ort der Zusammenkunft kommen Berlin, Frankfurt a. M. und Magdeburg in Betracht. Wahrscheinlich wird man sich für Berlin entscheiden. An dem Festessen, das am Sonntag stattgefunden hat, hat kein Süddeutscher teilgenommen, und von der nationalliberalen Reichstagsfraktion waren nur fünf Herren erschienen, durchweg Mitglieder des rechten Flügels, unter ihnen Schiffer, Bartling und Schwabach.

Parteioffiziös versucht man zwar, beschwichtigend zu wirken, allein die linksstehenden nationalliberalen Blätter reden ganz offen von einer Krise. Insbesondere wird der auf die Selbständigkeit der Jungliberalen gemachte Angriff als eine Finanzdrängung der Jungliberalen empfunden. So schreibt die „Badische Landeszeitung“:

Es ist wahrlich eine Politik der Selbstzerstörung, die hier getrieben werden soll. Die Herausdrängung der Jungliberalen wäre einer der schwersten Schläge, die die Partei überhaupt erleiden könnte. Denn mit der Jungliberalen ist seitens der Partei ein tiefes und arbeitsfrohes Element in das etwas stagnierende Leben der Partei eingezogen. Die Zeiten sind ernst und schwer, und niemals war eine geschlossenere nationalliberale Partei zwischen den extremen Parteien und rechts und links notwendiger für unser deutsches Vaterland, wichtiger und wertvoller als gerade in diesem Augenblick. Soll nun gerade jetzt diese bewährte Mittelpartei durch Abstoßung eines starken und lebenskräftigen Teiles in empfindlichster Weise geschädigt werden? Das würde die Werkkraft der Gesamtpartei ungeheuer beeinträchtigen.

Die preussisch-süddeutsche Lotterie von Bayern abgelehnt.

Der Finanzausschuss des bayerischen Abgeordnetenhauses hat den Staatsvertrag auf Schaffung einer preussisch-süddeutschen Lotterie, wie zu erwarten stand, abgelehnt. Sämtliche Fraktionen bekämpften das Projekt; nur ein kleiner Teil der Liberalen trat dafür ein. Von mehreren Seiten wurde die Anregung geäußert, Bayern solle es mit der Einführung einer eigenen Staatslotterie versuchen. Der Finanzminister erklärte sich bereit, diesem Gedanken gegebenenfalls näher zu treten, machte jedoch lebhafteste Bedenken hinsichtlich des Gelingens eines solchen Unternehmens geltend.

Karlsruhe, 27. März. Der preussisch-süddeutsche Lotterievertrag bleibt unbeschadet der Abänderung von Seiten Bayerns gemäß des seiner Zeit veröffentlichten Schlussprotokolls für die anderen süddeutschen Staaten, die ihn genehmigt haben, in Kraft.

München, 27. März. Im Münchener Hoftheater ist eine Intendantenkrise ausgebrochen. Es ist wahrscheinlich, daß Frhr. v. Speidel demnächst aus seinem Amt als Intendant des Hoftheaters ausscheiden wird. Speidel ist dem jetzigen Regime zu weitherzig in der Annahme der Theaterstücke.

Frankfurt, 28. März. Als das Luftschiff „Victoria Luise“ gestern nachmittag mit 11 Passagieren an Bord von Winkel zurückkehrte, geriet es in einen Gewittersturm und wurde gezwungen, auf der Höhe von Höchstheim zu kreuzen und etwa ¼ Stunden zu warten, bis das Gewitter vorübergezogen war.

Gien, 27. März. Dem hier in der Pfingstwoche zusammentretenden evangelisch-sozialen Kongress wurde von der evangelischen Gemeinde der Essener Altstadt, in der die positive Richtung die Uebermacht hat, die Ueberlassung der Erlöskirche für den Festgottesdienst verweigert.

Hamburg, 27. März. Die Bürgererschaft bewilligte einstimmig die vom Senat dringend beantragten fünf Millionen zu Hafenbauten im alten Hafen, um dem Bedürfnis nach Schiffsstiegeplätzen entgegenzukommen, bis die großen neuen Anlagepläne in Walterhof vollendet sind, was in 5 Jahren der Fall sein wird.

Breslau, 27. März. Die Stadtverordneten ernannten den zurücktretenden Oberbürgermeister Bender zum Ehrenbürger unter Festsetzung des vollen Gehalts von 25000 Mark als Pension.

Aus der Arbeiterbewegung.

Frankfurt a. M., 27. März. Unter der Leitung des unparteiischen Vorsitzenden Magistratsyndikus Dr. Hiller begannen heute früh die Verhandlungen zwischen dem Verband der Arbeitnehmer und dem Verband der Arbeitgeber im Schneidergewerbe. Trotz der Versuche Dr. Hillers, eine Einigung herbeizuführen, wurde über keinen strittigen Punkt eine Einigung erzielt. Abends 7 Uhr wurden die Verhandlungen auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

Frankfurt, 28. März. In einer Versammlung der Arbeiter der Adler-Fahrradwerke wurde mit ¾ Mehrheit beschlossen, morgen in den Ausstand zu treten. Es kommen etwa 4000 Arbeiter in Betracht.

Berlin, 27. März. Die Gärtnergehilfen, soweit sie in der Landschaftsgärtnerei beschäftigt sind, beschlossen heute abend einstimmig, in allen Betrieben die Arbeit niederzulegen, da ihre Forderungen betr. Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden bisher nicht bewilligt haben.

London, 27. März. Das Unterhaus hat die Mindestlohnbill in dritter Lesung mit 213 gegen 48 Stimmen angenommen. Die Arbeiterpartei stimmte gegen das Gesetz, weil nicht auch ein Mindestlohn für die Arbeiter aufgenommen wurde.

London, 27. März. Der Bergarbeiterverband beschloß, während der Festsetzung der Mindestlöhne durch die Distriktsämter eine Abstimmung über die

Wiederaufnahme der Arbeit zu veranstalten. Die Zahl der Bergleute, die im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit wieder aufgenommen haben, wird auf 3-4000 angegeben. Nach der Daily Mail wird der Vorrat an verkäuflicher Kohle in London binnen 10 Tagen erschöpft sein. Die Verluste der Eisenbahnen werden bis jetzt auf 30 Millionen Mark geschätzt. Wie die Times erfährt, beabsichtigt die Regierung, falls der Kohlenstreik mit der Annahme des Gesetzes über die Mindestlöhne nicht aufhört, ausgedehnte Maßregeln zur Abhilfe der Notlage in London. Außerdem sollen Vorkehrungen zum Schutz der arbeitswilligen Bergleute getroffen werden und man erwartet, daß das Kriegsamt die Reserven einberufen wird.

Wien, 27. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Gesetz über die vierzehntägige Lohnzahlung im Bergbau an und lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf wöchentliche Lohnzahlung ab. Von einem Antrag der Sozialdemokraten, die Regierung wird aufgefordert, bis Ende des Jahres ein Gesetz über die Einsetzung eines Minimallohnes beim Bergbau einzubringen und zu diesem Behufe eine Enquete zu veranstalten, wird der erste Teil abgelehnt, der zweite Teil angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, im gegenseitigen Lohnstreik beim Bergbau auf die Unternehmer einzuwirken, damit sie auf die Forderungen der Bergarbeiter eingehen, wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag Primavesi angenommen, daß die gegenwärtigen Lohnverhältnisse zwischen Bergarbeitern und Unternehmern auf gütlichem Wege beigelegt werden sollen.

Brüssel, 27. März. Der Hasenarbeiterstreik in Gent gewinnt an Ausdehnung, da die meisten Arbeiter aus Furcht vor Angriffen der Streikenden die Arbeit eingestellt haben.

Ausland.

Paris, 27. März. Ein gewisser Kippé aus Charlotenburg gebürtig, 19 Jahre alt, ist gestern in Velfort unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Er hat in der Nähe des Forts Zeichnungen aufgenommen und Notizen gemacht.

London, 28. März. Eine Konferenz von Eisenbahndirektoren hat gestern beschlossen, den gesamten Güterverkehr mit Ausnahme des Verkehrs leicht verderblicher Güter vom 3.-9. April aufzuheben.

Santiago (Chile), 27. März. Heute Nacht brannte die deutsche Gesandtschaft ab. Personal und Archiv sind unversehrt.

Newyork, 27. März. Die Spinnereien von Lowell schlossen gestern ihre sämtlichen Werke, wodurch außer den 3000 Streikenden gegen 2000 Arbeiter vollständig beschäftigungslos werden.

Württemberg.

Das württ. Handwerk und die neuen Submissions-Vorschriften.

Die neuen Bestimmungen, nach denen das staatliche Submissionswesen in Württemberg künftig gehandhabt werden soll, sind nun da. Sie sind bereitwillig erschienen, daß in den zunächst beteiligten Kreisen nicht geringe Verwunderung laut wird. Weder die großen Landesverbände der Gewerbevereine und der Fachorganisationen des Handwerks, noch die offiziellen Handwerkervertretungen, die Handwerkskammern hatten von dem bevorstehenden Erlaß dieser neuen Bestimmungen die geringste Ahnung. Sie alle glaubten mit Recht erwarten zu dürfen, daß ihnen Gelegenheit geboten würde, zu dem Regierungsentwurf Stellung zu nehmen. Noch im Herbst vorigen Jahres arbeitete eine Kommission der sämtlichen gewerblichen Verbände unter Aufwendung ganz erheblicher Kosten eine umfangreiche Denkschrift aus und überreichte diese an die Regierung sowohl wie an die Vertreter der Abgeordneten- und der Ersten Kammer. Es war das erste Mal, daß Handwerkerwünsche in solcher Einmütigkeit geltend gemacht wurden und niemand glaubte anders, als daß nunmehr auch die Abgeordnetenkammer im Plenum Gelegenheit erhalten würde, zu dieser Lebensfrage des gesamten Handwerks Stellung zu nehmen. Auch aus parlamentarischen Kreisen ist bekannt, daß diese Erwartung dort durchaus geteilt wurde. Es sollte anderntags erscheinen nun die neuen Bestimmungen und schaffen damit die fertige Tatsache, an der leider nicht mehr viel zu ändern sein wird. Wenn nun das Handwerk auf neue mit seinen Wünschen und Forderungen kommt, so wird es wahrscheinlich dahin verwiesen werden, daß man nicht schon wieder zur Aenderung der kaum geschaffenen Vorschriften greifen könne, nachdem ja einige der Handwerkerwünsche wenigstens teilweise erfüllt worden sind. Das ist kein erfreulicher Zustand. Er wird viel Erbitterung schaffen im württembergischen Handwerk und man darf wohl sagen, daß die Regierung schlecht beraten war, als sie zu diesem Auskunftsmitel gegriffen hat.

Was den materiellen Inhalt der neuen Bestimmungen anbelangt, so ist zu sagen, daß er nur in geringem Grade den berechtigten Wünschen des Handwerks entgegenkommt. So vermiffen wir zunächst die Anerkennung eines Beschwerderechts für die Bewerber in solchen Fällen, in denen die vergebenden Behörden sich an die Bestimmungen nicht halten. Es fehlt eine Anordnung in der Richtung, daß den Handwerkern jeweils die Arbeiten einschließlich der Materiallieferung übertragen werde. Der Handwerker ist also nach wie vor in vielen Fällen lediglich der Tagelöhner der Staatsverwaltung. Auch die volkswirtschaftliche Kommission der Abgeordnetenkammer hatte die Aenderung dieses Zustandes gewünscht. Die Streiklausel fehlt vollständig. Von dem Ausschluß kommunaler Regietriebe ist nirgends die Rede. Die Bestimmungen über Ueberwachung und Abnahme der Arbeiten sind in der Hauptsache die alten. Was aber die größte Enttäuschung unter den Handwerkern verursachen wird, das ist das völlige Fehlen der vom gesamten Handwerk ein-

mühtig geforderten Heranziehung von Sachverständigen bei Aufstellung der Voranschläge. In dieser Beziehung ist auch über das Verlangen des volkswirtschaftlichen Ausschusses ohne weiteres hinweggegangen worden, der am 30. Mai 1910 einstimmig beschloß, daß bei der Feststellung der allgemeinen Normen, die für die Aufstellung von Voranschlägen und für die Bedingungen bei Vergabe der öffentlichen Arbeiten und Lieferungen maßgebend sein sollten, dem organisierten Handwerk Gelegenheit zur Abgabe einer Meinungsäußerung zu geben sei. Und gerade diese Forderung, die übrigens schon vom volkswirtschaftlichen Ausschuss auf das denkbar beste Weise zurückschlüssig worden ist, bedeutet einen der wichtigsten Punkte in der ganzen Submissionsfrage. Daß auch ein anderer Wunsch des volkswirtschaftlichen Ausschusses, nämlich das Verlangen nach einer übersichtlichen Fassung der neuen Vorschriften keine Berücksichtigung fand, sei nur nebenbei bemerkt. — Alles in allem: die neuen Bestimmungen sind nicht annähernd das, was das Handwerk zu fordern ein Recht hat. Sie werden beispielsweise von den bayrischen Submissionsvorschriften an Handwerkerfreundlichkeit weit übertraffen. Vom württembergischen Landtag aber wird man erwarten können, daß er in dieser Lebensfrage des Handwerks nicht versagt und der Regierung seine Meinung nicht vorenthält; auch wenn sie — wie anscheinend — nicht gewünscht wird.

Ausschuß für innere Verwaltung.

Als ersten Gegenstand behandelte der Ausschuss am Mittwoch die Eingabe des Schwab. Bauverbandes gegen den Alkoholismus. Zu demselben liegt ein Antrag des Berichterstatters Majer-Blauweilen vor, der die Regierung auffordert, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die beruflichen Verhältnisse der Gastwirtschaftsgehilfen gesetzlich geregelt werden und insbesondere für berufsmäßige Kellnerinnen ein Mindestalter festgelegt werde. Weiter liegt ein Antrag Andre, Graf-Stuttgart, Hanfer vor, der eine ganze Reihe besonderer Wünsche hinsichtlich der in Gastwirtschaften tätigen Personen der Regierung ans Herz legt. Ein Vertreter der Volkspartei erklärt, daß die im Antrag Andre und Genossen ausgesprochenen Wünsche den Reichstag erst in allerletzter Zeit beschäftigt hätten, mit der zur Beratung geschickten Eingabe nur lose zusammenhängen und bei der bestehenden Geschäftslage gar keine Aussicht dafür vorhanden sei, daß sich der Landtag mit diesen Spezialfragen eingehend beschäftigen werde. Er und seine Freunde werden sich daher aus geschäftlichen Gründen an der Debatte über den Antrag Andre und Genossen nicht beteiligen. Auch von Seiten des Vorliegenden wird dieser Auffassung bei aller Sympathie für die Bestrebungen auf Verbesserung der vorliegenden Verhältnisse beigegeben. Der Berichterstatter zieht seinen und Graf-Stuttgart den Antrag Andre und Genossen zurück, nachdem der Staatsminister die warme Unterstützung der Verbesserungsbestrebungen im Bundesrat in Aussicht gestellt hat. Ein Antrag Mattutat: „Die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die beruflichen Verhältnisse der Gastwirtschaftsgehilfen und -Gehilfen geregelt werden und dabei insbesondere ein besserer Schutz gegen wirtschaftliche Ausbeutung und gesundheitliche und sittliche Gefahren eingeführt werden“, wurde einstimmig, der Zusatzantrag Graf-Stuttgart: „Die Aufsicht über Gastwirtschaften mit weiblicher Bedienung vorzugsweise weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zu übertragen“, mit 8 (4 J., 1 W., 3 S.) gegen 7 Stimmen (3 Sp., 1 W., 2 D.) ebenfalls angenommen, nachdem von sozialparteilicher Seite gegen letzteren Antrag die in A. Städten und Landgemeinden vorliegenden einfachen und gewöhnlichen Verhältnisse einseitig und die durch die notwendige Aufstellung einer Anzahl weiterer weiblichen Aufsichtsbeamten entstehenden nicht unwesentlichen Kosten andererseits hervorgehoben worden waren.

Die Eingabe des Landesverbandes der Wirte Württembergs E. W. um Höherbesteuerung sowie Konfiszierung des Flaschenbierhandels wird auf den Antrag des Berichterstatters in Ziffer 1.: „für den Flaschenbierhandel eine Höherbesteuerung nach bayerischem Muster als steuerlichen Ausgleich gegenüber dem Wirtshaus einführen zu wollen“, der Regierung mit allen gegen 3 Stimmen zur Kenntnisnahme und in Ziffer 2.: „den Antrag der kaiserlichen Staatsregierung auf Konfiszierung des Flaschenbierhandels im Bundesrat unterstützen zu wollen“, der Regierung mit 9 gegen 5 Stimmen zur Berücksichtigung überwiesen. In der Beratung wurde darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Landtag zur Frage der Konfiszierungspflicht des Flaschenbierhandels bereits Stellung genommen habe und daß die Wirkung des neuen Spottgesetzes auf die Flaschenbierhandlungen zunächst abgewartet werden sollte. Seitens des Ministers wurde ein Erlaß an die Oberämter und Ortspolizeibehörden über eine strengere Beaufsichtigung der Flaschenbierhandlungen, die vielfach nach dem gesetzlichen Vordruck noch Bier abgeben, für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt.

Eine Eingabe des Landesverbandes der Ziegenbockhalter auf Annahme der Regierungsentwürfe betr. die Ober- und Ziegenbockhaltung ohne Abschneidung wird als durch die gefassten Beschlüsse des Ausschusses zu diesem Entwurf für erledigt erklärt. Die Eingabe eines Jagdpächters betr. das Jagden am Sonntag und bürgerlichen Feiertagen wird der Regierung, die die Einbringung eines neuen Jagdgesetzes beim nächsten Landtag in Aussicht stellt, zur Kenntnisnahme überwiesen.

Stuttgart, 27. März. In einem dritten Nachtragsetat veranschlagt das Finanzministerium zu dem Kapitel Zentralstelle für Handel- und Gewerbe den Gesamtaufwand infolge Neuordnung des Eichwesens auf 152.910 Mark. Da nur 6200 Mark im Etat vorgezogen waren, erhöht sich der Aufwand um 146.710 Mark. Andererseits werden aber auch an Einnahmen aus Eichgebühren 152.710 Mark vorgezogen. In dem verabschiedeten Etat sind die Einnahmen nur mit 6000 Mark berechnet. Es

ergibt sich demnach eine Mehrerhebung von 146.710 M., die dem durch die Neuordnung des Eichwesens entstehenden Aufwand entspricht, sodas nach Abrechnung der Einnahmen für 1912 ein Mehrbedarf für das Eichwesen nicht entsteht.

Die Landesynode über den staatlichen Eid.

Stuttgart, 27. März. Die Landesynode nahm heute zu dem staatlichen Eideszwang einstimmig folgenden Antrag an: „Die Landesynode, durchdrungen von dem Ernst und der Schwierigkeit der Eidesfrage in der Gegenwart, wünscht eine möglichst weitgehende Beschränkung des Eides und begrüßt alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Entwürdigung des Namens Gottes zu verhüten und die religiöse Freiheit des Einzelnen zu sichern. Sie bittet das evangelische Konsistorium, in der bezeichneten Richtung bei den zuständigen Behörden tätig zu sein.“ In der Erörterung erklärte Konsistorialpräsident v. Habermaas unter Beifall den Antrag für durchaus begründet und versprach, daß die Oberkirchenbehörde ihn bei der Regierung befürworten werde.

Stuttgart, 26. März. Die Landesynode hat heute zu den Eingaben um Gewährung des kirchlichen Stimmrechts an die evangelischen Frauen beschloßen, die Eingabe zwar für geeignet zur Behandlung durch die Landesynode zu erklären, aber angesichts der Geschäftslage von einer materiellen Behandlung abzusehen und die Eingabe der Oberkirchenbehörde zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Stuttgart, 27. März. Die Landesynode wurde heute mittag im Auftrag des Königs durch den Kultminister von Freischauer geschlossen. Vor Beginn des Schlußaktes teilte der Vertreter der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen mit, daß dem Prälaten von Hermann für seine hervorragenden Verdienste um die Herausgabe des neuen württembergischen Gesangbuches die Würde eines Ehren doktors der Theologie verliehen würde.

Vom Hanjabund. Die Bezirksgruppe Marbach a. N. hielt ihre Hauptversammlung ab mit einem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Fabrikant Fr. Ernst-Marbach und einem von Buchhalter Finkbohner über die vom Hanjabund eingeführte Buchführung für das Handwerk gehaltenen Vortrag, die allgemeinen Beifall fand. — Bei der Generalversammlung der Ortsgruppe Heidenheim a. Br., die gegen 400 Mitglieder zählt, erstattete der Vorsitzende, Fabrikant Walter Hartmann einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Hanjabunds im Jahre 1911 und bei den verfloßenen Reichstagswahlen: Banddirektor Bittel gab den Kassenbericht. Ein Vortrag des Geschäftsführers Bayer-Stuttgart über „Die Stellung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes im modernen Wirtschaftsleben“ schloß sich an. Der Versammlung wohnte auch der Reichstagsabgeordnete des 14. Wahlkreises, Rechtsanwalt Sähle-Ulm bei. — Von der Bezirksgruppe Mergentheim wurde in Weikersheim unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Lautbuss ein Vortragsabend veranstaltet, der besonders vom Gewerbeverein und den Mitgliedern des Darlehensvereins stark besucht war. Auf Veranlassung des Gewerbevereins Niederstetten fand auch dort ein Vortrag des Hanjabund-Geschäftsführers statt und zwar über „Württemberg's wirtschaftliche Entwicklung“.

Stuttgart, 27. März. Wie verlautet, tritt der Präsident des Württ. Kriegerbundes, General v. Greiff, aus Gesundheitsrücksichten von der Leitung zurück.

Nah und Fern.

Die Berliner Untergrundbahn unter Wasser.

Die Berliner Untergrundbahn steht seit Mittwoch früh unter Wasser. Der Betrieb vom Spittelmarkt bis zum Leipziger Platz ist eingestellt, weil das Wasser über das Gleis ragt. Die Ursache ist ein Dammbrech, der morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf der bereits fertiggestellten, aber noch nicht dem Betriebe übergebenen Strecke der Untergrundbahn zwischen Spittelmarkt und Alexanderplatz erfolgt ist. Dort wo die Untergrundbahn zwischen Insel- und Kleine Stralauerstraße unterhalb der Spree durchgeführt worden ist, wurde ein Damm von dem Wasser der Spree durchbrochen. Durch die Macht der Wassermenge wurde das bereits fertiggestellte Tunnelstück, das sich an den Tunnel am Spittelmarkt anschließt, unterbrochen, sodas es einstürzte. Etwa achtzig Arbeiter waren zur Zeit der Ueberschwemmung in dem Bau schacht tätig. Sie konnten sämtlich gerettet werden, ebenso die beiden in der Grube befindlichen Pferde. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt der Schaden mehrere Millionen Mark. Dazu kommt, daß heute gar nicht abzusehen ist, wann der erschlossene Bau schacht wieder leergepumpt sein wird, wann also das eingestürzte Tunnelstück neu erbaut sein kann. Am Bahnhof-Spittelmarkt wird in der ganzen Höhe und Breite des Tunnels eine starke Zementwand gebaut, um das Wasser dort abzuführen und am weiteren Vordringen zu hindern. Die Feuerwehr leistete hilfreichen Dienst durch Pumpwagen; man hofft, daß es gelingen wird, den Bahnhof Leipziger Platz vor der Ueberschwemmung zu bewahren. Dort ist man bereits mit dem Bau eines Fangdamms beschäftigt, um das weitere Vordringen des Wassers zu hindern.

Zu dem Baunfall im Spreetunnel teilt die Hochbahngesellschaft mit: Durch Herstellung eines Damms zwischen Bahnhof Kaiserhof und Leipziger Platz ist die Aufrechterhaltung des Verkehrs vom Westen zum Leipziger Bahnhof errichtet worden. Die Reubaustelle an der Spree wird von der in Betrieb befindlichen Strecke durch einen starken Erddamm abgeschlossen. Die technischen Untersuchungen über die Ursache des Unfalls sind noch nicht abgeschlossen. Der Schaden beläuft sich nach Ansicht von Sachverständigen auf mehrere Hunderttausende.

Nach einer weiteren Nachricht ist es jetzt gelungen in dem Tunnel der Untergrundbahn vor dem Bahnhof Spittelmarkt eine Kunstwand herzustellen. Gleichzeitig ist eine Dampfmaschine im Gebrauch, welche durchschnittlich 3000 Liter in der Minute auspumpt. Im ganzen sind ca. 100.000 Kubikmeter Wasser in den Tunnel eingedrungen.

Weitere Nachrichten:

In Neckarjulin wurde der elf Jahre alte Sohn des Schreiners Jhle, als er aus einem Messerladen trat, von einem 13 Jahre alten Knaben gepackt und in dem Augenblick zu Boden geworfen als ein Gefährt vorbeikam. Der Knabe kam unter das Pferd zu liegen und erlitt durch einen Tritt einen Schädelbruch. Er wurde ins Krankenhaus nach Heilbronn gebracht.

In Jiskfeld ist der verheiratete Maurer Gottlieb Britsch beim Schuttabräumen vom Rand eines Steinbruches topfüber in den Abgrund gestürzt. Er erlitt schwere Schädelverletzungen und auch sonstige Beschädigungen, doch dürfte die Verunglückte trotz des tiefen Sturzes mit dem Leben davontkommen.

In Ebingen bei Balingen ist das der Witwe Pfeiffer gehörige Wohn- und Fabrikgebäude bei der Kirche total abgebrannt. Karl Herter, Fabrikant von Truchtersingen, hatte seit dem letzten Jahr dort eine Fabrikfiliale mit Triftnäherei eingerichtet. Brandstiftung wird vermutet. Der Schaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt.

Bei einer Reparatur an der elektrischen Starkstromleitung in der Baumwollspinnerei in Ehingen a. D. erhielt der 23 Jahre alte Monteur Josef Beth von Unterföhringen einen schweren Schlag, der ihn sofort tötete.

Anlässlich des Ueberfalles auf dem Säckring hat die Eisenbahndirektion Berlin auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt und hat außerdem die bisherige Zugüberwachung von heute ab noch weiter verstärkt.

In Stedten bei Halle wurde die 60jährige Witwe Schumann in ihrer Wohnung durch Messerschnitte ermordet aufgefunden. Ihr zweijähriges Enkelkind lag mit durchschnittenem Hals daneben. Die Wohnung war ausgeraubt, eine Summe von 300 Mark nebst zahlreichen Schmuckstücken ist verschwunden. Als Täter wurde ein Neffe der Witwe ermittelt, der flüchtig gegangen ist.

Der bei einem Rechtsanwalt in Görlitz beschäftigte Bureauvorsteher Molitor stellte sich freiwillig dem Gericht mit der Angabe, daß er im Laufe der Jahre 40.000 Mark Depotgelder untertischlagen habe.

Gerichtsaal.

Berlin, 26. März. Heute begann vor der 10. Strafkammer der Prozess gegen den Drogisten Scharmach und Genossen, die angeklagt sind, durch die Herstellung und den Vertrieb von Methylnalkohol den Tod der 89 Wpflisten im Berliner Obdach vor Weisnachten sowie fünf Erblindungen verursacht zu haben. Es kam aber heute noch nicht zur Verhandlung, da der Prozess bis Freitag vertagt wurde, um der Verteidigung Zeit zur Vorbereitung zu geben.

London, 27. März. Gestern begann vor dem Londoner Schwurgericht der Prozess gegen 126 Frauen, die am 1. März im Londoner Westend die Fenster eingeschlagen haben. Das Urteil lautete in verschiedenen Fällen auf vier bis sechs Monate Gefängnis.

Handel und Volkswirtschaft.

Fruchtmärkte.

(Die Preise verstehen sich per Doppelzentner.)

Balingen: Haber 23.80—24.40 Mark.
Giengen: Roggen 22 M, Gerste 21—22 M, Haber 20.60 bis 21 M, Sommerweizen 22.20 M, Weizen 23.60 M.
Mengen: Roggen 20 M, Gerste 21.20 M, Haber 21.80 M, Roggen: Dinkel 17.20—17.60 M, Weizen 24.40—24 M, Gerste 19—21 M, Haber 20—22 M, Erbsen 25.20—25.40 M.
Ravensburg: Weizen 23.22 M, Roggen 22 M, Gerste 21.69—22.58 M, Haber 20.82—22.62 M.
Ulm: Kernen 23.06—22.74 M, Weizen 23.04—23.70 M, Roggen 21.46—22 M, Gerste 21.62—22.04 M, Haber 20.76 bis 23.06 M.

Vieh- und Schweinemärkte.

Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart.

26. März 1912.

Großvieh: 325	Kälber: 132	Schweine: 1148
Erlös aus 1/2 Hlo Schlachtgewicht:		
Ochsen, 1 Qual., von 996 bis 103	Rühe 2 Qual., von 68	78
2. Qual., „ „	5. Qual., „ „	47
Bullen 1. Qual., „ 87	„ 90	110
2. Qual., „ 80	„ 86	105
Stiere u. Jungv. 1. „ 109	„ 104	100
2. Qual., „ 94	„ 99	74
3. Qual., „ 90	„ 85	72
Rühe 1. Qual., „ „	„ „	65
2. Qual., „ „	„ „	69

Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

(Die Schweinepreise verstehen sich per Paar.)

Giengen: Saugschweine 35—51, Käufer 60—90 M.
Ravensburg: Ferkel 40—48 M, Käufer 84—90 M.
Offenburg: Käufer 60—75 M, Ferkel 25—45 M.

Stuttgart, 27. März. Die Staatspreise der Früchte sind von dem Finanzministerium folgendermaßen bestimmt worden: Für einen Zentner Kernen 11 M, Roggen 9.50 M, Gerste 9.50 M, Dinkel 8 M und Haber 9 M.

Heilbronn, 27. März. In Pfahlbronn wurde gestern bei dem herrlichen Frühlingswetter der erste Bienenschwarm festgestellt. Der Glückliche, dem er zuflog, ist der Bauer Gottlieb Müller, genannt Hollenbauer.

Mannheim, 27. März. Heute traf hier die erste Sendung dänischen Fleisches ein, die von der Fleischschau und den Messern als hochprima und ausgemästet anerkannt wurde. Das Quantum belief sich auf etwa 2500 Kilogramm.

S o f a l e s.

Wildbad, den 29. März.
Sitzung der bürgerl. Kollegien vom 13. März 1912. (Fortsetzung)

Ob ein liegender oder stehender Dieselmotor vorzuziehen sei, darüber seien sich selbst die Sachverständigen bis jetzt noch nicht einig. Der stehende Dieselmotor habe aber das für sich, daß er sich bisher durchaus bewährt habe, während die liegende Konstruktionsart erst seit Kurzem fabriziert werde. Mit der Schaffung einer Reserve durch Mietung eines Dampflokomoibils für diesen Sommer könne er sich nicht befreunden. Abgesehen von den beträchtlichen Kosten, die die Mietung, der Betrieb und der provisorische Einbau des Lokomoibils verursachen und die zusammen einige Tausend Mark betragen können, befürchte er von dem Lokomobil eine schwere Verlastigung der Nachbarschaft, die man in der Zeit der Hauptbadesaison hier nicht brauchen könne. Es handle sich aber nicht nur um die Mietung eines Lokomoibils, sondern auch einer Dynamomachiner, was nochmals Kosten verursache. Wenn man eine Reserve für die Zeit vom 15. Juli bis Ende August haben wolle, müsse die provisorische Einrichtung schon anfangs Juli getroffen werden; es könne dann der Zustand eintreten, daß die Reserve da sei, man sie aber z. B. infolge guten Wasserstandes gar nicht brauche und so könne der Aufwand für das Provisorium ein unnützer sein. Zu diesen also vielleicht nutzlosen Unkosten komme noch hinzu, daß die bei der Konkurrenz um den 120 PS. Motor erzielten Vorteile einer Preisreduktion von ca. 3000 Mk. und einer Zahlungsfrist bis 1. Mai 1913 möglicherweise auch noch verloren gingen. Für all dies lehne er eine Verantwortung ab, ebenso verwahre er sich gegen jede Verantwortung für die möglicherweise diesen Sommer durch eine Unzulänglichkeit des Elektrizitätswerks entstehenden Störungen in den Hotel- und Badebetrieben der hiesigen Stadt. Der 120 PS.-Motor sei nach erschöpfenden Beratungen bestellt worden werde mit Sicherheit auf 15. Juli geliefert und daß die Lieferung in allen Teilen befriedigen werde, dafür garan-

tiere die Bedeutung und der gute Ruf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Er beantrage deshalb, es bei dem Beschluß vom 2. Februar ds. Js. zu belassen. Nach eingehenden Erörterungen wird aber vom Gemeinderat entgegen diesem Antrag mit 6 gegen 4 Stimmen beschlossen, den Lieferungsvertrag nicht auszufertigen, also die vorbehaltlich des Abschlusses eines besonderen Vertrags bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gemachte Bestellung zu annullieren und das Stadtbauamt mit der schleunigen Fertigung der Vorarbeiten über die Erweiterung des Elektrizitätswerkes im Frühjahr 1913 durch Einbau eines 120—160 P S. liegenden Dieselmotors zu beauftragen. Die erforderliche Reserve für diesen Sommer soll durch Mietung einer Dampflokomoibils geschaffen werden.

Sitzung vom 22. März.

Die Anlieger der Rennbachstraße und der Hohenlohestraße bitten um Herstellung eines provisorischen Wegs von der Rennbachstraße bis zur Hohenlohestraße durch die städtische Parzelle Nr. 541. Da im Stadtbauplan eine Staffelform über das Grundstück der Papierfabrik vorgesehen ist, die später von der Stadt ausgeführt werden muß, wird dem Antrag des Stadtbauamts entsprechend beschlossen, den Gesuchstellern die zum Weg erforderliche Fläche gegen eine jährliche Erkennungsgebühr von 1 Mk. zu überlassen, die Ausführung des Wegs auf Kosten der Stadtkasse aber abzulehnen und den Weg auf Kosten der Anlieger durch das Stadtbauamt ausführen zu lassen.

In Anwesenheit des Regierungsbaumeisters Stahl wird heute über die weitere Vergebung der Bauarbeiten zum Schulhausneubau beraten und werden die Bauarbeiten wie folgt vergeben: 1. Die Malerarbeiten an die hiesigen Malermeister Wihl. Schill, Ludwig Luz, Otto Brachhold, Wihl. Wacker, Hermann Gulbub, Fr. Fischer und Karl Batt um die in ihrem Angebot gemachten Abgebote auf die Voranschlagspreise. 2. Die Eisenbetonarbeiten der Firma Ludwig Bauer, Beton und Eisenbeton in Gannstatt um 1 % Abgebot auf die in ihrem Offert geforderten Preise. 3. Die Glaserarbeiten an die hiesigen Glasermeister Wihl. Roth-

fuß, Alb. Rothfuß und Gronbach um die Voranschlagspreise. 4. Die Bildhauerarbeiten an die Firma Zimmermann und Mayer in Stuttgart gemäß ihrem Offert um die Pauschalsumme von 560 Mk. — Einem Besuch des August Bechtle zum Panoramahotel entsprechend wird beschlossen, den zu seinem Anwesen führenden Hohlweg dieses Frühjahr besser herrichten zu lassen und bestimmt, daß Bechtle den in seinem Hotel anfallenden Rehrichtricht wie die Besitzer des Sommerberghotels mit der Bergbahn zur unteren Station gegen eine Vergütung von 10 Mk. an die Bergbahnkasse befördern läßt, wo ihn der Rehrichtrichtmann dann abholt. — Der Gehalt des gegen einmonatliche Kündigung als Gehilfe des Stadtbauamts angestellten Bauwerkmeisters Freund wird mit Rücksicht auf die höheren Anforderungen, welche durch den Schulhausneubau an ihn gestellt werden, von monatl. 130 Mk. auf 160 Mk. erhöht, unter Befassung seiner seitherigen Anstellungsverhältnisse. — Infolge eines Besuchs des hiesigen Ziegenzuchtvereins wird beschlossen, dem Farrenhalter Wacker für die Zuchtbockhaltung mit Wirkung vom 1. April 1912 an eine jährliche Belohnung von 100 Mk. aus der Stadtkasse mit der Verpflichtung auszusetzen, künftig das ganze Jahr hindurch 2 erstklassige springfähige Zuchtböcke zu halten. — Die Anlieger der Bismarckstraße bitten um Ausführung der Bismarckstraße vom Rathaus bis zur Eugenstraße. Von den Gemeinderatskollegien wird beschlossen, das Gesuch in wohlwollender Erwägung zu ziehen und das Stadtbauamt zu beauftragen, sobald es der Geschäftsanfall auf dem Stadtbauamt erlaubt, ein vollständiges Projekt samt Voranschlag über diese Straße auszuarbeiten. Es folgen noch Schätzungen und verschiedene kleinere Gegenstände.

Heute früh verstarb nach längerem Leiden im Alter von 56 Jahren der in weiten Kreisen bekannte Hotelier Herr Gustav Schmid. Der Vorherrscher war unter anderem 34 Jahre Vorstand des hiesigen Militärvereins, dessen Gründer er war. Seit dem Jahre 1899 ward im die Stelle des Kommandanten der Freiwill. Feuerwehr übertragen.

Bekanntmachung

betreffend
öffentliche Schutzimpfung gegen Schweinerotlauf
Die Schweinebesitzer werden unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Kgl. Oberamtsärztliche Stelle Neuenbürg vom 25. März 1912 (Enztäler Nr. 48) zur Anmeldung impfbedürftiger Schweine
bis spätestens 15. April ds. Js.

unter Hinweis darauf aufgefordert, daß für etwaige Verluste durch Schweinerotlauf innerhalb der auf die Impfung folgenden 5 bzw. 12 Monate Entschädigung gewährt und sonach mit Bezahlung der Impfgeldgebühr eine Art Versicherung gegen Verluste durch Schweinerotlauf erzielt wird.

Hierbei wird ferner bemerkt, daß die Entschädigungsleistung nur für die öffentliche Impfung vorgesehen ist, nicht auch für die private, und daß damit zu dem Vorteil, daß die öffentliche Impfung in der Regel billiger zu stehen kommt als die private Impfung, ein weiterer Vorteil der öffentlichen Impfung hinzutritt.

Die Anmeldungen haben bis zu oben genanntem Termine beim Stadtschultheißenamt zu erfolgen.

Angefragt wird, daß die öffentliche Impfung auch schon bei Anmeldungen von geringerer Zahl als 20 Schweinen genehmigt werden kann
Stadtschultheißenamt: Böhner.

Eisenmöbelfabrik Schorndorf,
B. und C. Arnold

Tagesproduktion 3000 Möbel
Bettstellen für Erwachsene und Kinder in Messing und Schmiedeeisen.

vom billigsten bis feinsten Genre.

Kataloge mit Original Fabrikpreisliste durch
Philipp Bosh, Wildbad.

Gasthaus zur Eintracht



Samstag und Sonntag
große
Schlachtpartie

wozu freundlichst einladet

W. Wurz.

Zimmer

an einzelne Person per 1 April
zu vermieten.
J. Bechtle,
Wegwart.

Zimmer

Ein möbliertes
mit 2 Betten hat zu vermieten
Wilh. Bohnenberger.



Farben
trocken
und in Öl,
streichfertig.
erhalten Sie in jedem gewünschten Ton in der
Drogerie Grundner.

Wildbad, den 29. März 1912.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzhafteste Mitteilung, dass mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Grossvater

Gustav Schmid,

Hotelbesitzer zum gold. Ochsen hier,

im Alter von 56 Jahren nach längerem Leiden heute morgen sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

- die Witwe: Luise Schmid, geb. Geldreich.
- die Kinder: Emilie Bechtle, geb. Schmid.
- August Bechtle, z. Panoramahotel.
- Thekla Schmid.
- Gustav Schmid.

Beerdigung: Sonntag, den 31. März, nachm. 4 Uhr.

Oster-Ausstellung

habe ich eröffnet

und lade zu zahlreichem Besuche freundlichst ein

Theodor Bechtle.



Unterzeichneter empfiehlt
**Garten
:: Möbel ::**

aller Art, sowie
eiserne Bettstellen mit Spiralfederunterlagen
Blumentische : Schirmständer
u. s. w.

Reichhaltiger Katalog samt Preisliste steht zur Verfügung.

Wilh. Bohnenberger.

Bekanntmachung.

Die sämtlichen Militärschlichtigen, welche an der heurigen Musterung teilnahmen, haben am
Samstag, den 30. März
nachmittags 6 Uhr,
auf der **Polizeiwache** hier zur Empfangnahme ihrer

Lösungsscheine

zu erscheinen. Nichterscheinenden wird der Lösungsschein gegen eine Ganggebühr von 20 Pf. zugestellt.
Wildbad, 28. März 1912.

Stadtschultheißenamt:
Böhner.

Arbeiter-Gesuch.

20—30 tüchtige **Erdarbeiter** finden sofortige Beschäftigung bei
Hr. Schill & Robert Krauß.
NB. Wenn sich nicht genügend Wildbader melden, sind wir genötigt Fremde einzustellen. D. D.

Brennholz

kurzgesägt und trocken liefert prompt
Windhoffäge Wildbad.

